

Streit um Einbürgerung

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12468,85687,0,1,1,horsten+Frei>

- Bundeskanzler stellt sich hinter Ministerin Faeser
- FDP sieht eine Reform als verfrüht an

Berlin (AFP) Die Ampel-Koalition ist noch uneins über die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bekannte sich zu dem Vorhaben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Während auch Parteivertreter von SPD und Grünen die Pläne unterstützten, kam aus der FDP deutliche Kritik.

„Wer auf Dauer hier lebt und arbeitet, der soll auch wählen und gewählt werden können“, sagte Scholz bei einer Veranstaltung zu Einwanderung in Berlin. Diese Menschen sollten „Teil unseres Landes sein, mit allen Rechten und Pflichten, die dazugehören“. Dies gelte völlig unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder religiösem Bekenntnis.

Nach den Plänen von Bundesinnenministerin Faeser sollen Ausländer künftig in der Regel schon nach fünf statt nach acht Jahren einen deutschen



Ausländer sollen künftig schneller einen deutschen Pass bekommen. BILD: DPA

Einbürgerung gesenkt werden. Die Möglichkeiten zur Mehrfachstaatsangehörigkeit sollen ausgeweitet werden.

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte: „Eine Entwertung der deutschen Staatsbürgerschaft wird es mit

SPD-Chefin Saskia Esken bezeichnete Faesers Vorlage hingegen als „guten Aufschlag“. Es könne „uns mit Stolz erfüllen, dass wir ein attraktives Land sind“, sagte die SPD-Chefin weiter. Es gelte, den „konservativen Muff von diesem Land abzuschütteln“.

Grünen-Chef Omid Nouripour unterstützte das Vorhaben. Es sei im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien verankert, sagte er. Diesen wolle die Koalition „auch abarbeiten“. Mit Blick auf Djir-Sarais Kritik fügte er hinzu, die Liberalen hätten in ihrem eigenen Programm sogar stehen, dass Einbürgerungen nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland erfolgen sollten.

Die Union bekräftigte ihre Kritik an Faesers Vorlage. Parlamentsgeschäftsführer Thorsten Frei (CDU) sagte, an dem Gesetzentwurf habe er „überhaupt nichts Gutes gefunden, weil im Grunde genommen die Anforderungen an allen Stellen abgesenkt werden“. Es gehe nicht nur um die kürzeren Aufenthaltszeiten in Deutschland. „Es geht darum, dass Sprachkenntnisse teilweise nicht mehr vorausgesetzt werden.“